

## **(2) Theoretischer Rahmen und methodische Grundlagen**

Wie dargelegt wurde, sollen in diesem Kapitel in groben Zügen zuerst der theoretische Rahmen und in der Folge die methodischen Grundlagen der Studie skizziert werden.

### **(2.1) Theoretischer Rahmen**

Die vorliegende Studie lässt sich insofern als Policy-Analyse charakterisieren, als sie sich für die in einem spezifischen Politikfeld entwickelten Strategien verschiedener AkteurInnen interessiert, „um bestimmte Ziele zu erreichen bzw. Probleme zu lösen“ (Schneider/Janning 2006: 18). Da die Studie in diesem Zusammenhang davon ausgeht, dass solche Ziele bzw. Probleme nicht einfach gegeben sind, sondern im Rahmen eines sozial umkämpften und diskursiv vermittelten Prozesses erst in ihrer jeweils aktuellen Bedeutung hervorgebracht werden, kann sie – punktuellen Differenzen zum Trotz (vgl. etwa Brand 2013: 429f.; Griesser 2015: 112f.) – grob dem Feld der Interpretativen Policy-Analyse (IPA) zugeordnet werden (vgl. etwa Münch 2016: 3ff.).

Im Folgenden sollen zentrale Aspekte skizziert werden, wie sie für den theoretischen Ansatz verbindlich und für die vorliegende Studie von Relevanz sind. Diese Relevanz ergibt sich dabei aus dem Beitrag, den der jeweilige Aspekt zur Beantwortung der forschungsleitenden Frage leisten kann, woran die Verankerung wohlstandsorientierter Politik bislang scheitert (bzw. wie sie – darauf aufbauend – zukünftig gelingen kann). Mit anderen Worten geht es also um die Frage, warum Ansätze einer sozial-ökologisch orientierten Wohlstandspolitik als Sachthemen in Österreich wenig wahrgenommen werden; präziser formuliert, warum sie es – als Lösungsvorschläge für das Problem einer einseitig verengten Wirtschaftspolitik – bislang kaum auf die politische Agenda schaffen, geschweige denn als Alternativen zum Gegenstand politischer Entscheidungen werden.

Dabei gehen wir davon aus, dass die für die Gestaltung einer solchen Agenda bzw. für die Auswahl entsprechender Alternativen relevanten Faktoren – die Wahrnehmung des Problems (*problem recognition*), das Vorhandensein darauf bezogener Lösungsvorschläge (*policy proposals*), deren Unterstützung durch politische Kräfte (*political processes*) usw. – bereits vorhanden sind. Entscheidend ist deshalb die Verknüpfung dieser Faktoren bzw. Ströme, denn nur wenn dies gelingt – wenn also in Bezug auf eine bestimmte Problemwahrnehmung ein konsistenter Lösungsvorschlag formuliert und dieser von einer machtvollen Interessenkoalition unterstützt wird –, kann das Sachthema auf der

politischen Agenda nach oben rücken bzw. dort überhaupt erst erscheinen.

In der Perspektive John Kingdons (1984: 173ff.) setzt dies die Öffnung eines Möglichkeitsfensters (*window of opportunity*) voraus, wodurch sich für sogenannte *Policy-Entrepreneurs* die Gelegenheit ergibt, im Sinne der genannten Verknüpfung etwa für wahrgenommene Problemlagen konkrete Lösungsvorschläge und damit verbundene Interessenkoalitionen ins Spiel zu bringen. Mit dem Konzept der *Policy-Entrepreneurs* werden dabei AkteurInnen aus unterschiedlichen Bereichen (Verwaltung, Wissenschaft usw.) gefasst, die auf die Öffnung eines Möglichkeitsfensters lauern, um mit Blick auf einen möglichen zukünftigen Nutzen (materieller, solidarischer usw. Art) verschiedene Ressourcen (Geld, Reputation usw.) zu investieren (vgl. ebd.: 188). Aus der hier gewählten IPA-Perspektive ‚handeln‘ *Policy-Entrepreneurs* dabei v.a. mit diskursiven *Frames* bzw. Deutungsmustern, die auf politische Sachthemen bezogen und für den Prozess der Agendagestaltung von zentraler Bedeutung sind (vgl. etwa Rein/Schön 1993).

Dieser Prozess, im Zuge dessen Sachthemen auf die politische Agenda gesetzt bzw. in der damit verbundenen Prioritätenliste (nach oben) verschoben werden, ist nicht bloß eng mit politischen Auseinandersetzungen, Kräfteverhältnissen und Strategien verbunden. Er unterliegt auch vielfältigen Restriktionen. Im vorliegenden Zusammenhang wollen wir uns auf zwei Arten von Restriktionen konzentrieren, welche im Hinblick auf die dargelegte Forschungsfrage insofern von besonderer Bedeutung sind, als sie den Prozess der Policy-Formierung im Sinne der Priorisierung bestimmter Problemformulierungen und Lösungsvorschläge entweder in endogener oder in exogener Form beschränken:

Was ersteres, also die endogen wirksamen Restriktionen anbelangt, wurde von neo-institutionalistischer Seite das Konzept der Pfadabhängigkeit (weiter-)entwickelt, um zu erklären, wie aktuelle Entscheidungen das Einschlagen eines bestimmten Entwicklungspfads bedingen und darüber im Sinne pfadabhängiger Entwicklung auch zukünftige Entscheidungen prägen. In historischer Perspektive impliziert dies eine institutionelle Form der Priorisierung von *Policies*, die sich hinsichtlich des eingeschlagenen Pfads durch Kontinuität gegenüber solchen, die sich durch Diskontinuität auszeichnen. Erklärt wird dieser Mechanismus auch in der Politikwissenschaft vielfach über Selbstverstärkungseffekte (*increasing returns*), die den relativen Nutzen bestimmter bzw. die relativen Kosten alternativer Entscheidungen mit der Zeit in selbstverstärkender Weise erhöhen und darüber Wandel unwahrscheinlich machen (vgl. etwa Pierson 2000).

Im Gegensatz dazu schlagen wir hier aus der IPA-Perspektive eines „diskursiven

Institutionalismus“ (vgl. etwa Schmidt 2012, 2011) vor, diesen Bias zugunsten bestimmter Problemwahrnehmungen bzw. Lösungsvorschläge zentral auf institutionell sedimentierte Wissensbestände und eine entsprechend variierende Passfähigkeit politischer Ideen zurückzuführen. Im Zusammenhang mit der Frage nach der Dis-/Kontinuität von Entwicklungen im Bereich programmatischer Ideen (vgl. ebd.: 108ff.), wie sie hier zur Diskussion steht, ist dabei die Priorisierung passfähiger, weil mit den sedimentierten Wissensbeständen in Kontinuität stehender Konzepte von besonderer Bedeutung.

Was schließlich die Frage der exogenen, also von außen auf den Prozess der Policy-Formierung einwirkenden Restriktionen betrifft, geht es um jene Selektivität politischer Institutionen, die – wie Claus Offe (2006 [1972]: 105) es formulierte – „die nicht-zufällige (d.h. systematische) Restriktion eines Möglichkeitsraumes“ bedingt. Dem zugrunde liegt die Überlegung, dass nicht für alle Sachthemen der Weg auf die politische Agenda bzw. an die Spitze politischer Prioritätenlisten gleichermaßen offen steht, sondern dass deren Chancen aufgrund eines Sets institutionalisierter Filterungs- und Ausschlussregeln variiert.

Konkret hängen besagte Chancen von den Möglichkeiten des Zugangs zu bzw. der Kontrolle über Kapazitäten ab, die für verschiedene politische Kräfte bzw. die von diesen verfolgten Interessen, Strategien, Zeithorizonte usw. in jeweils spezifischer, nämlich „strategisch-selektiver“ (Jessop 2002: 40) Form ausgestaltet sind. Aus der IPA-Perspektive interessieren uns in diesem Zusammenhang in erster Linie „diskursive“ (ebd.: 93) bzw. „epistemische Selektivitäten“ (Brand/Vadrot 2013: 207ff.) im Sinne von in politische Institutionen eingeschriebenen Mechanismen, die spezifische Formen des Wissens, der Problemprezeption und der Narration gegenüber anderen präferieren (vgl. ebd.).

## ***(2.2) Methodische Grundlagen***

Was die Datenerhebung für die vorliegende Studie anbelangt, kamen in einem ersten Schritt Literatur- und Quellenrecherchen zur Anwendung, um die (internationale) Debatte zu alternativen Wohlstands- und Fortschrittsindikatoren sowie zu Strategien für deren institutionelle Verankerung aufzuarbeiten. Hinsichtlich der politischen Strategieanalysen relevanter AkteurInnen in Österreich wurden alsdann in einem zweiten Schritt leitfadengestützte ExpertInneninterviews eingesetzt. Die Auswertung der solcherart erhobenen Daten erfolgte mittels einer qualitativen Inhaltsanalyse.

Beim ExpertInneninterview handelt es sich um eine in der qualitativen Sozialforschung